

Jetzt die Berlin-Frage

In Genf schlug Außenminister Lloyd Status-quo-Lösung vor

Genf (ap/dpa/upi). Die Westmächte haben in der 13. Vollsetzung der Genfer Außenminister-Konferenz einen Kompromiß in der Berlin-Frage auf der Grundlage des Status quo angeregt. Die Anregung, den jetzigen Zustand mit „einigen Verbesserungen“ beizubehalten, wurde von dem britischen Außenminister Lloyd vorgebracht, nachdem der sowjetische Außenminister Gromyko den Berlin-Vorschlag des Westens rundweg abgelehnt hatte. Konferenzbeobachter schließen daraus, daß die ersten geheimen Besprechungen über Berlin während des Fluges über den Atlantik und am Freitag in der Villa von Lloyd im Grunde ergebnislos geblieben sind.

Der britische Außenminister machte den Vorschlag, den Status quo in Berlin beizubehalten, oder wenigstens in „einigen Aspekten“ zu verbessern. Nach Ansicht der Westmächte sei gegenwärtig die Lage in Berlin recht gut. Es seien nur etwa 10 000 Mann westlicher Truppen in Berlin, dagegen zwanzigmal mehr Einheiten der Sowjetarmee in der Sowjetzone.

Lloyd versicherte, daß der Westen nichts tun werde, was das Vertrauen der Westberliner erschüttern könnte. Dieses Vertrauen könne nur bestehen bleiben, wenn sich weiterhin westliche Truppen in der Stadt befänden. Lloyd gab jedoch die Bereitschaft der Westmächte zu erkennen, die sowjetischen Beschuldigungen, daß sich die westlichen Regierungen in die Angelegenheiten Westberlins einmischen und daß Berlin ein „Vorposten des kalten Krieges“ sei, zu diskutieren.

Trotz der schroffen Ablehnung des westlichen Berlin-Vorschlags durch Gromyko vertrat der sowjetische Sprecher nach der Vollsetzung eine optimistische Auffassung über den vermutlichen Konferenzausgang. „Wir sind heute der Überzeugung“, erklärte er, „daß die Außenministerkonferenz nicht ohne Ergebnis enden wird.“ Auch bei den westlichen Delegationen ist die Hoffnung festzustellen, daß es zu einer Berlin-Lösung kommt. Nach Mitteilung eines

amerikanischen Sprechers haben die Vertreter des Westens zum ersten Male deutlich ihre Bereitschaft einer Lösung außerhalb des „Paket-Plans“ angedeutet.

Ein Sprecher der Sowjetzonen-Delegation vertrat die Auffassung, daß mit dem Angebot des Westens, über die Berlin-Frage zu verhandeln, „der Paket-Plan des Westens ebenso endgültig begraben sei wie der westliche Vorschlag zur Lösung der Berlin-Frage“. Lloyds Vorschlag, den Status quo in Berlin aufrechtzuerhalten, treffe allerdings nicht den Kern der Dinge. „Es ist ... eine Illusion, wenn man meint, Westberlin könnte so fortbestehen wie es ist“, meinte der Sprecher.

Schweiz gegen Zonen-Propaganda

Brief an die Pankower Delegation — Kritik an General Hoffmann

Genf (ap). Die Leitung des Genfer Pressezentriums hat in einem Brief an die Sowjetzonen-delegation offiziell gegen die Verteilung von sowjetzonalen Propagandadruckschriften in der „Maison de la Presse“ protestiert. Der Protest richtet sich ferner gegen die Pressekonferenz, die der stellvertretende sowjetzonale Verteidigungsminister, Karl-Heinz Hoffmann, im Konferenzsaal der Sowjetzonen-delegation abgehalten hatte. In dem Brief vertrat die Leitung des Pressezentriums die Auffassung, Hoffmann gehöre nicht zur Delegation und dürfe daher im Pressezentrum keine Pressekonferenzen abhalten. Im Anschluß an die Pressekonferenz Hoffmanns war zum erstmaligen sowjetzonalen Propagandamaterial an die Journalisten verteilt worden. Es handelte sich dabei u. a. um die Broschüren „Die Revanchepolitik Adenauers — Fortsetzung der Revanchepolitik Hitlers zur Vorbereitung des zweiten Weltkrieges“ und „Hitlers Generalstab kommandiert Adenauers Armee“.

Unter der Überschrift „Die Unerwünschten“ wandte sich am Sonnabend der Chefredakteur des „Journal de Geneve“, Pierre Beguin, in scharfer Form gegen die immer stärker werdende Sowjetzonen-Propaganda in Genf. „Wenn Lothar Bolz sich bis in die Zentralschweiz in einem Wagen begibt, der mit einem Ständer versehen ist“, so schreibt Beguin, „betrachten wir dieses als Kinderei, für die niemand verantwortlich ist. Jeder Tourist hat das Recht, seine Phantasieflagge zu zeigen, und Bolz ist für die schweizerischen Bundes- und Kantonalbehörden nur ein Tourist unter vielen anderen. Aber wenn die Touristen aus der sowjetischen Besatzungszone die ihnen gewährte Gastfreundschaft dazu mißbrauchen, um die Behörden und diplomatischen Vertreter einer Macht zu verumglimpfen, mit der die Schweiz korrekte und höfliche Beziehungen unterhält, ist die Grenze des Zulässigen überschritten.“

Um die Sicherung Berlins

K. W. B. Die Berlin-Gefahr für Deutschland und den Westen besteht weiter. Sie geistert wohl immer noch in ihrer propagandistisch-explosiven Form durch Chruschtschows und Ulbrichts Reden. Sie ist aber in anderer, schwerer erkennbarer Form in die Konferenz-Zimmer von Genf und neuerdings auch in die geheimen Dinner-Gespräche auf Genfer Boden eingekehrt. Ich spreche von Gefahr, obwohl die Informationen, die aus den exklusiven und den öffentlichen Sitzungen zu uns kommen, von Berlin-Lösung, Stillhalteabkommen, Übergangsvereinbarung und Annäherungsformel sprechen. Man ist in Genf am Ende der großen Deklamationen, des Aufrechnens der Gegenseitigkeitspläne angelangt. Und es scheint, daß Berlin das Thema wird, für das sich auch die westlichen Außenminister in Gromyko einen interessierteren Zuhörer erwarten als bisher. Bevor die Minister nach Washington flogen, um an John Foster Dulles' Grabe zu stehen, hatte Herter noch jene große Berlin-Perspektive entwickelt, die das Fundament des westlichen Friedensplanes bildet. Doch der Sieben-Punkte-Plan der Wiedervereinigung Berlins mit einer zeitweiligen Rückkehr zu einer Vier-Mächte-Besatzung der ganzen Stadt ist vorerst im Winde verweht — vielleicht auch schon überholt durch die mancherlei „Informations-Gespräche“, die man über den Wolken zwischen Washington und Genf gehabt hat —, sicherlich aber wohl, weil der sowjetische Gesprächspartner hierauf überhaupt nicht eingegangen ist.

*

Da wenig Hoffnung besteht, daß der Herter-Plan mit seiner Art Österreich-Lösung für Berlin noch ernsthaft in die Genfer Diskussionen einbezogen wird, braucht man mindestens jetzt nicht seinen Vorzügen und Schwächen nachzugehen. Man braucht schon gar nicht den törichten Pankower Argumenten zu folgen, dieser Plan wolle 14 Jahre nach Kriegsende noch

einmal Ostberlin für Amerika erobern. Wohl aber soll man ihnen entnehmen, wie sehr alle Planung für Gesamtberlin aus dem Denken Moskaus und seines Satelliten Pankow restlos verschwunden ist. Eben dies macht jede Genfer Lösung für Berlin oder auch nur ihre Vorbereitung so gefährlich. Das Gespräch über Berlin wird zur Farce, wenn die einen wirklich Berlin, die anderen aber nur Westberlin meinen.

Aber es gibt über die Sinnlosigkeit der Dialektik hinweg reale Annäherungspunkte, die selbst die Sowjets nötigen sollten, wenigstens pro forma ganz Berlin bei allen Erwägungen über einen gesicherten Status für die Stadt im Auge zu haben. Im Dossier der westlichen Unterhändler steckt als wichtigstes Verhandlungsgewicht die Anknüpfung an das Jessup-Maliki-Abkommen, das die Blokade von 1949 beendet hat. Dies Abkommen, das auf der anschließenden Pariser Außenministerkonferenz seinerzeit bestätigt worden war, geht von der Vier-Mächte-Verantwortung für das ganze Berlin aus. Eine Reihe von Bestimmungen aber, die die gemeinsame Konsultation zum Zwecke innerdeutscher Kontakte und Vereinbarungen betreffen, sind selten oder niemals wahrgenommen worden, wie andere Bestimmungen auch ohne volle Vertragsverbindlichkeiten verblieben. Es wäre ein Stück vorwärts, wenn es gelänge, die Berlin-Besprechungen mit den Sowjets auf die Straße zu führen, die zu einer Verfestigung des Pariser Abkommens von 1949 führt.

*

Freilich muß man erkennen, daß die Berlin-Erwägungen, die jetzt in Genf ausgehandelt werden, von einer fundamentalen Voraussetzung ausgehen: Es muß endlich eine Sicherung für Berlin geschaffen werden. Trotz der Abreden von 1943, 1944 und 1945 und trotz der Pariser Abmachung von 1949 bestehen sie nämlich nicht in so voller Klarheit, wie sie jetzt der Chruschtschow-Angriff auf Berlin erzwingt. Von einem Stillhalte-Abkommen wird nun gesprochen. Man meint damit eine verbindliche Sicherung bis zur Lösung der gesamtdeutschen Frage. Die Westmächte müch-

ten die Berlin-Lösung, die sie anstreben, vertraglich bis zur Wiedervereinigung gesichert wissen. Diese Erwartung mildert die Enttäuschung, daß die Berlin-Frage nun doch isoliert behandelt werden soll; denn wenn mit solcher Interimslösung die Schluß-Terminierung auf den Zeitpunkt einer Gesamtlösung festgesetzt ist, kann die Regelung, nach der man jetzt sucht, mit der Gesamtfrage Deutschland verbunden werden.

*

Selbst diese bescheidenen Erwartungen, in denen sich noch dazu Gefahren verbergen, sind aber noch keineswegs auf dem Wege, Erfüllung zu werden. Zwar nennt man schon mutmaßliche Schlußtermine für die Genfer Konferenz. Doch die Anguren wissen auch zu berichten, daß die Sinnlosigkeit des Gesprächs mit den Sowjets nur immer wieder sinnvoll durch die Geduld der westlichen Partner wird: eben jener Partner, die wissen, daß die Sowjets an einem fait accompli gehindert sind, solange verhandelt wird.

Über den Nutzen von Verhandlungen mit den Sowjets hat nach den Genfer drei Wochen schon wieder jede Skepsis Nahrung gefunden. Der Verdruß des Westens, der alle früheren ergebnislosen Konferenzen mit Moskau beherrschte, ist aber heute der Weisheit gewichen: Der Westen müsse noch mehr Zeit und Geduld zu Argumentation und Überzeugungslangmut haben als der Osten. Daß eine solche Haltung Erfolg haben könnte, das liegt nicht so sehr an der anderen Verhandlungstaktik des Westens als an der Tatsache, daß die Außenminister-Konferenz von Genf diesmal eine Vorbereitungs- und keine Ausführungskonferenz ist.

*

Es scheint, daß hier der Schlüssel für die Konferenzen von morgen liegt. Wenn es so ist, dann müßte der Westen alles tun, um dabei zu erkennen zu geben, daß jegliche Lösung, die mit dem Namen Berlins verbunden wird, trotz der isolierten Behandlung nur als ein Stück der angestrebten Gesamtlösung, also als ein Schritt auf dem Wege zu ihr, verstanden werden kann.

Fahnen an der Zonengrenze

Studenten organisierten mit großem Idealismus die „Aktion Terminus“

J. S. Wolfsburg (Eigenber.) „Also, antreten“, ruft Karl Rose, Vorsitzender des Sportvereins von Brome bei Gifhorn über den Dorfplatz. Darauf ergriffen 13 Bromer Jungen 23 am Kriegerdenkmal angelehnte Fahnen, formierten sich in Doppelreihe und marschierten hinter Rose einher, um die letzte Etappe des 13. Tags der „Deutschen Mahnstaffel“ hinter sich zu bringen. Das Dorf Zicherie, fünf Kilometer entfernt, ist das Ziel; eine Ortschaft, die 1952 durch den sowjetzonalen Stacheldraht in der Mitte vom Ortsteil Böckwitz getrennt wurde. Etwas abgespannt, weil mit Blasen an den Füßen, schließt Student Ulrich March auf, während sein Kommilitone Wolfgang Opitz sich erwartungsvoll auf ein etwas klappriges Motorrad schwingt und nach Zicherie vorausfährt, um die Fahnenstaffel anzukündigen.

So geht es seit dem 9. Mai, getreu einer Idee, die dem aus der Lausitz stammenden und in Berlin Medizin studierenden Opitz eines Tages kam, als er mit seiner Wirtin über die politische Moral der Jugend stritt und sich zu dem Nachweis verpflichtete, „daß die deutsche Jugend dem Lippenbekenntnis der Älteren zur Wiedervereinigung eine symbolkräftige Handlung gegenüberstellen wird“.

17. Juni in Hof

Seither steht Opitz im Bann seiner Idee: von Lübeck ausgehend, wo die Zonengrenze beginnt, sollen die 22 Fahnen der deutschen Länder nach den Reichsgrenzen von 1937, also ohne Danzig, Memel- und Sudentland, „weil wir nicht provozieren wollen“ — und eine schwarzrotgoldene Flagge im Fußmarsch entlang der Zonengrenze nach einem generalstabsmäßig ausgearbeiteten Zeitplan so getragen werden, daß die Staffette genau am 17. Juni in Hof eintrifft, wo die Zonengrenze in die deutsch-tschechoslowakische Grenze übergeht. Die Fahnen werden von Schulkindern von Dorf zu Dorf getragen; in eine Pergamentrolle,

die March in einer roten Papphülle bei sich trägt, tragen sich die Bürgermeister der berührten Zonenranddörfer ein. Sie tun es mit markigen, zumeist Schüler entlehnten Zitaten.

Mit 600 ersparten D-Mark, die er sich an der „Verseilermaschine“ bei Siemens verdient hatte, stürzte sich der 22jährige Opitz in das Abenteuer des „Organisieren“. Er suchte auf Spezialkarten, die er erst kaufen mußte, die rund 275 Ortschaften entlang der Zonengrenze heraus, tippte drei Tage lang auf einer Schreibmaschine etwa 550 Briefe für die in Betracht kommenden Lehrer und Schüler, trampelte nach Bonn, um beim Gesamtdeutschen Ministerium und beim Kuratorium Unteilbares Deutschland Interesse zu wecken.

Sein Werk

Dann kam endlich die erste Unterstützung: das Wolfsburger „Kuratorium“ schickte 100 Mark. Gleichzeitig traf der erste behördliche Lichtblick ein: Das bayerische Innenministerium versprach volle Unterstützung, sobald die „Aktion Terminus“ bayerischen Boden betrete. Schließlich genehmigten auch

die befragten Kultusministerien, daß die Schulkinder die Fahnen tragen dürfen. Aber einige Schulräte sabotierten die entsprechenden Empfehlungen der Ministerien, im Marschplan entstanden Lücken.

Unverdrossen schwang sich Opitz, wegen des 17. Juni unter Zeitdruck stehend, auf ein Fahrrad, bearbeitete über die Schulräte hinweg Lehrer und Bürgermeister und bekam Zusagen, daß es klappen werde. Seine Ausgaben waren inzwischen auf 1100 Mark gestiegen. Davon hatten Studenten in Berlin für ihn gesammelt, 150 DM hatte ihm das „Kuratorium“ von Niedersachsen und Bonn geschickt. Eine Berliner Gewerbeschule nähte ihm zwei Fahnen, die anderen 21 Flaggen ließ er auf seine Rechnung in Bonn anfertigen.

Als der Tag X, der 9. Mai, anbrach, hatte Opitz 30 DM in der Tasche. In einem Eilbrief bat er das Gesamtdeutsche Ministerium um Geld und bekam telegrafisch 500 DM überwiesen. Mit diesem „Betriebskapital“ startete die „Mahnstaffel“ am 9. Mai am Strand von Priwall bei Lübeck. Die Feuerwehrkapelle spielte dazu auf.

Schweigende Zuhörer

Mit 100 Bussen und Volkswagen hat Dr. Köhler, ein rührender Vorsitzender des „Kuratoriums“, seine Anhänger nach Zicherie gebracht. Jenseits des Stacheldrahts halten sich etwa zehn Vopos hinter Sträuchern verborgen, und als die Feier vor dem „Deutschlandstein“ beginnt, geschieht etwas, was ein Dorfbewohner „fast ein Wunder“ nennt: Drüben, etwa 200 m vom Stacheldraht und frischgeeggt Zehnmeterstreifen entfernt, stehen rund 20 Einwohner des abgetrennten Ortsteils Böckwitz. „Das durften sie sonst nie“, sagte der Mann neben mir.

Weltmeinung gewandelt

Berlin (dpa). Die Bundesrepublik müsse immer wieder die Wiedervereinigung als dringliches Problem fordern, sonst könne sie nicht erwarten, bei den anderen Völkern hierfür die notwendige Unterstützung zu finden. Das betonte der Vorsitzende des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“, Dr. Schütz, der in Berlin über seine Eindrücke von einer fünfwöchigen Reise durch die Länder Asiens berichtete. Schütz führte aus, seine Reise habe ihm gezeigt, daß jetzt auch in den politisch verantwortlichen Kreisen der Länder Asiens ein großes Verständnis für die deutsche Forderung auf Wiedervereinigung vorhanden sei. Es sei aber notwendig, diese Bereitschaft zu nutzen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.

Der Berlin-Plan des Westens

Die Wiedervereinigung soll in der deutschen Hauptstadt beginnen

Der amerikanische Außenminister Herter hat in Genf einen Sieben-Punkte-Plan des Westens für die Wiedervereinigung Berlins vorgelegt. Wir geben den Plan, der einen Teil des westlichen Friedensplanes darstellt, im Wortlaut wieder.

I.

Zwei Wochen nach dem Inkrafttreten der Viermächtevereinbarung über den westlichen Friedensplan würden die vier Mächte in Berlin eine gemeinsame Erklärung abgeben, die folgendes vorsieht:

a) Bis zur Wiedervereinigung Deutschlands wird das Gebiet von Groß-Berlin, wie es im Protokoll über die Besatzungszonen Deutschlands und die Verwaltung von Groß-Berlin von der Europäischen Beratungskommission am 12. September 1944 festgelegt und später ergäntzt wurde, als ein ungeteiltes Gebiet regiert und verwaltet.

b) Wahlen für einen Berliner Verfassungsgebenden Rat werden 60 Tage nach der Abgabe dieser Proklamation unter folgenden Voraussetzungen stattfinden:

1. Der Verfassungsgebende Rat besteht aus hundert Mitgliedern, die auf der Grundlage allgemeiner, freier, geheimer und direkter Wahlen gewählt werden.

2. Groß-Berlin besteht aus einem Abstimmungsbezirk, in dem die Wahlen nach dem Prinzip des Verhältniswahlrechtes stattfinden.

3. Kandidatenlisten können von den politischen Parteien eingereicht werden, die an den letzten Kommunalwahlen in West- oder Ostberlin teilgenommen haben.

4. Alle deutschen Staatsbürger, die am Tage der Wahl ihr 20. Lebensjahr vollendet und ihren ständigen Wohnsitz mindestens sechs Monate in Berlin haben, sind wahlberechtigt.

5. Gewählt werden können alle Wahlberechtigten, die am Tage der Wahl ihr 25. Lebensjahr vollendet haben.

6. Die Freiheit der Wahl wird durch geeignete Maßnahmen sichergestellt.

7. Der Verfassungsgebende Rat, der eine Woche nach der

Wahl zusammentritt, arbeitet innerhalb von 60 Tagen eine Verfassung für Groß-Berlin und ein Wahlgesetz aus. Der Verfassungsentwurf und das Wahlgesetz werden der Bevölkerung von Berlin zu einer Volksabstimmung vorgelegt, die innerhalb von 30 Tagen nach der Verabschiedung des Verfassungsentwurfs und des Wahlgesetzes stattfindet und in der gleichen Weise gewährleistet wird, wie es in Punkt 6 dieses Entwurfs festgelegt ist. Verfassung und Wahlgesetz treten in Kraft, wenn sie von der Mehrheit der an der Volksabstimmung Teilnehmenden gebilligt werden.

II.

Innerhalb einer Woche nach der Annahme der Verfassung durch die Bevölkerung werden die vier Mächte eine Erklärung veröffentlichen, in der sie feststellen, daß

a) die Verfassung in Kraft getreten ist,

b) die Stadt in Übereinstimmung mit der Verfassung regiert wird und die (deutschen) Behörden in Berlin volle Autorität mit folgenden Ausnahmen haben:

1. Die vier Mächte werden ermächtigt, weiterhin Streitkräfte in Berlin zu unterhalten und die Sicherheit dieser Streitkräfte zu gewährleisten. Die Stärke dieser Streitkräfte könnte einer Viermächtevereinbarung unterworfen werden.

2. Die vier Mächte können durch einstimmigen Beschluß innerhalb von 30 Tagen nach Inkrafttreten gesetzgeberischer Maßnahmen diese als ungültig erklären oder suspendieren. Dieses Recht würde jedoch in der Regel nur ausgeübt, wenn es sich auf folgenden Gebieten als notwendig erweist:

a) Abrüstung und Entmilitarisierung, einschließlich der verwandten Gebiete der wissenschaftlichen Forschung und des

Verbots und der Beschränkung industrieller Produktion und der Zivilluftfahrt,

b) die auswärtigen Beziehungen,

c) Schutz, Ansehen und Sicherheit der alliierten Streitkräfte, ihrer Familienangehörigen, Angestellten und Vertreter sowie deren Immunität.

III.

Die vier Mächte werden vereinbaren, daß der freie und ungehinderte Zugang nach Berlin, zu Lande, zu Wasser und in der Luft, für alle Personen und Güter sichergestellt wird.

IV.

a) Die vier Mächte werden mit der Berliner Regierung über alle Angelegenheiten verhandeln, die im Zusammenhang mit der Stationierung von Streitkräften dieser Mächte in Berlin stehen,

b) Streifen der Militärpolizei, bestehend aus je einem Mitglied der Streitkräfte jeder der vier Mächte, werden sich mit allen Vorfällen zu beschäftigen haben, in die Militärpersonal verwickelt ist. Das Recht der Berliner Stadtpolizei, Notmaßnahmen im Falle von Friedensbruch einzuleiten, wird davon nicht berührt.

V.

a) Die Berliner Regierung wird ermächtigt, alle Vorschläge des Gemischten Deutschen Ausschusses in Kraft zu setzen, die in den beiden Teilen Deutschlands in Kraft getreten und auf Berlin anwendbar sind.

b) Die Bürger von Berlin werden das Recht erhalten, an den gesamtdeutschen Wahlen teilzunehmen, die nach dem Inkrafttreten des (gesamt)deutschen Wahlgesetzes stattfinden sollen.

VI.

Nach der Annahme der deutschen Verfassung und der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung wird Berlin die Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschland werden. Die ge-

(Fortsetzung Seite 5)

An der roten Adria

Was beabsichtigte Chruschtschow in Tirana?

DT. Tirana, die Hauptstadt des roten Außenforts an der Adria und Residenz des Alt-Stalinisten Enver Hodscha, erlebt ereignisreiche Tage. Wenn der Staatschef einer Weltmacht einem der kleinsten Staaten der Welt ausgerechnet während einer bedeutsamen internationalen Konferenz einen dreizehntägigen Besuch abstattet, so ist das gewiß recht ungewöhnlich und dem Selbstgefühl der an Fernsteuerung gewöhnten albanischen KP-Funktionäre sicherlich zuträglich. Über den Zweck, den die Reise Chruschtschows zu solch spannungsgeladener Zeit verfolgen könnte, wurden in den letzten Tagen zahlreiche Spekulationen angestellt. Die gewiß nicht zufällige Anwesenheit Grotewohls und, wie man hört, auch der bulgarischen und rumänischen Ministerpräsidenten in Tirana, legt den Gedanken nahe, daß es sich hier um eine Art kleiner Ostblock-Gipfelkonferenz handeln könnte, die ihr Augenmerk diesmal in erster Linie Süd- und Südosteuropa zuwendet, dessen Terrain im Sinne Moskaus noch ebensowenig „bereinigt“ ist wie das Mitteleuropas, das heißt Deutschlands.

Raketen-Drohung

Die Probleme dieses Bereichs lauten für den Kremel: Raketenstützpunkte des Westens in Italien und Griechenland und künftige Stellung Jugoslawiens. Die

Der Berlin-Plan des Westens

(Fortsetzung von Seite 4)

samtdeutsche Regierung wird berechtigt sein, etwaige, angesichts des veränderten Status (der Stadt) erforderlich werdende Änderungen in der städtischen Verwaltung vorzunehmen.

VII.

Nach Inkrafttreten des Friedensvertrages wird die Stationierung von Streitkräften der vier Mächte den Bedingungen unterworfen sein, die sich im Friedensvertrag auf die Stationierung fremder Truppen in Deutschland beziehen.

Regierungen in Rom und Athen haben sich bekanntlich vor einiger Zeit bereit erklärt, im Rahmen ihrer NATO-Verpflichtungen amerikanische Raketenstützpunkte auf ihren Territorien zuzulassen. Bereits Anfang Mai hatte die albanische Regierung gegen die Errichtung solcher Basen in einer Note an Italien protestiert — natürlich ohne Erfolg. Nachdem die Sowjetunion erfahren mußte, daß eine zweite Note in der gleichen Angelegenheit — diesmal von der rumänischen Regierung am 19. Mai in Rom gerichtet — gar nicht erst angenommen wurde, will Chruschtschow durch sein persönliches Erscheinen in Albanien den Druck nun anscheinend verstärken. Die Reise erscheint ihm um so notwendiger, als es nicht nur um Raketenstützpunkte geht, sondern im Falle der griechisch-albanischen Spannungen auch um den Anspruch Athens auf Südalbanien.

Kremel-Klammer

Die Reise Chruschtschows soll demonstrieren, welch große Bedeutung der Kremel dem Bestand des kommunistischen Albaniens

beimißt. Das kleine Land an der Adria erfüllt besonders gegenüber Jugoslawien eine Funktion, die mit der Sowjetzone gegenüber Polen verglichen werden kann. Es hält die sowjetische Klammer und schafft für Belgrad eine Zweifrontensituation. Im Augenblick hat es jedoch nicht den Anschein, als wolle Chruschtschow die Spannungen, die aus dieser Lage resultieren und von Moskau aus nach Belieben reguliert werden können, verschärfen. Im Gegenteil unternimmt der sowjetische Ministerpräsident erneut den Versuch, durch das Gewicht seines persönlichen Auftretens und einige mehr oder weniger verlockende Angebote Tito wieder ins sowjet-kommunistische Imperium hineinzuziehen. Bis jetzt zeigt der mißtrauische Partisanenchef dem mächtigen Werber allerdings die kalte Schulter. Dennoch ist es nicht anzunehmen, daß Chruschtschow dem Manne, der sein Zuckerbrot verschmäht, unverzüglich wieder mit der Peitsche droht. Belgrad hat bis jetzt den sowjetischen Standpunkt in der Deutschland-Frage mehr oder weniger unterstützt — und darauf kommt es Chruschtschow trotz neu erwachter Balkan-Interessen im gegenwärtigen Zeitpunkt wohl vor allem an.

Wird Pasternak rehabilitiert?

Chruschtschow und das Beispiel Dudinzews

Moskau (ap). Auf dem dritten sowjetischen Schriftstellerkongreß hat der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow von den Schriftstellern gesprochen, die „schwere Fehler“ begangen, aber später bereut hätten. Chruschtschow erklärte, man solle diese Autoren nicht verurteilen.

Chruschtschow erwähnte als Beispiel nicht den durch ein Kesselstreben zu Verzicht und Abbitte gezwungenen Nobelpreisträger Boris Pasternak, sondern Wladimir Dudinzew, dessen Roman „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein“ von den sowjetischen Parteitheoretikern verurteilt, im Westen dagegen ein Bestseller wurde. Chruschtschow erklärte, wie andere sowjetische Schriftsteller habe auch Dudinzew Partei und Volk helfen wollen, Mißstände zu be-

reinigen, indem er negative Erscheinungen übertrieben dargestellt habe.

„Wenn der Gegner des ideologischen Kampfes sich ergeben, seine Niederlage eingestanden und seine Bereitwilligkeit, den richtigen Standpunkt einzunehmen, bekundet hat, darf man sich von ihm nicht lossagen. Man muß ihn aufrichten, ihm die Hand reichen, damit er zu den übrigen findet.“

Beobachter in Moskau sehen in dieser Rede einen Hinweis auf eine mögliche Rehabilitierung Pasternaks. Vor kurzem waren bereits in Warschau Berichte aufgetaucht, nach denen Chruschtschow den umstrittenen „Dr. Schiwago“ gelesen und sich verwundert über das Aufheben geäußert habe, das um das Buch gemacht worden sei.

Genf im Schatten des 17. Juni

Zum sechsten Male jährt sich der Tag des Volksaufstandes in der Zone

DT. Zur Stunde steht noch nicht fest, ob die Außenministerkonferenz noch am 17. Juni in Genf tagen wird. Soviel steht aber schon heute fest, daß die Delegation der sogenannten „DDR“ mit allen Mitteln bemüht ist, diese Schatten zu verwischen. Dazu bedienen sich die Vertreter Pankows wie in allen anderen Argumentationen der Lüge und Fälschung.

Schon längst ist geschichtlich erwiesen, daß der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 eine spontane Reaktion der durch Normen- und Übersollertüchtigkeit verzweifelt Arbeiterschaft gewesen ist. Durch Tatsachen sind die Ablenkungsmanöver Pankows tausendmal widerlegt, der Aufstand sei von Westberlin oder von Bonn angezettelt und geschürt worden. Das alles weiß nicht nur die freie Welt, das wissen auch die geknechteten Völker des Ostblocks. Und wenn auch diese Erkenntnisse nicht bis in die letzten Volksschichten gedrungen sind, die blutigen Ereignisse in Ungarn — drei Jahre später — haben wohl den letzten Schleier von der sowjetischen und sowjetzonalen Propaganda gerissen. Die Lüge, daß fremde und volksfeindliche Elemente diese spontanen Volksaufstände geschürt hätten, zerbricht unter der Wucht der Tatsachen.

Der Bumerang

Auch in Genf ist schon ein erheblicher Teil dieser und anderer Zweck- und Propagandalügen Pankows in sich zusammengebrochen. Das geschah weniger durch das Zutun der Bundesrepublik und ihrer Vertreter, sondern vielmehr durch bumerangartige Wirkung dieser Hetze, die auf ihre Urheber zurückfiel. Zur gleichen Zeit, in der diese Zeilen geschrieben werden, setzen sich die Vertreter der Bundesrepublik in Genf, unseres Wissens zum erstenmal, mit einer lückenlosen Dokumentation über den Mißbrauch Ostberlins als Agenten- und Spionagezentrum zur Wehr. Die Menschen in der freien Welt haben nicht nur für diese notwendige Gegenwehr Verständnis, sie begrüßen sie aus vollem Herzen, denn sie wissen, daß der Krenel seine Pankower Satelliten nur deshalb in Genf vorgeschickt hat, um seine aggressiven Berlin-Ziele auf

diplomatischem Wege zu erreichen.

Auf friedlichem Wege

Es bedarf keiner Schilderung der Vorgänge, die sich vor sechs Jahren im östlichen Teil unseres Vaterlandes abgespielt haben. Die Deutschen, besonders aber die Berliner, haben sie genauso mit wehem Herzen erlebt wie die die blutige Unterdrückung des Aufstandes in Un-

garn. An diesem 17. Juni sind sich die Deutschen in dem einen Wunsche einig, daß die Stunde der Freiheit für ihre Brüder in Mitteldeutschland nicht in allzu ferner Zukunft schlägt. Sie wird herbeigesehnt und erstrebt nur mit friedlichen Mitteln, so wie es der große Deutschlandplan der Westmächte vorsieht, der auf dem Konferenztisch von Genf liegt. Mit ihm begegnet die freie Welt den sowjetischen Drohungen gegen die friedliche und freie Zukunft der deutschen Hauptstadt und erzwingt die seit Jahren von Moskau verweigerte Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands.

Der RIAS bleibt

Aufgaben erst bei der Wiedervereinigung erfüllt

Genf/Berlin (upi/Eigenmeldg.). Die Westmächte haben die Sowjetunion wissen lassen, daß sie nicht gewillt sind, den RIAS in Westberlin aufzugeben oder seine Tätigkeit einzuschränken. Wie der Sprecher der amerikanischen Delegation, Berding, mitteilte, ist dies dem sowjetischen Außenminister Gromyko von amerikanischer Seite unzuweideutig gesagt worden. Die britische und die französische Delegation hätten diesen Standpunkt rückhaltlos unterstützt. Gromyko hatte sich auf der Sondersitzung gegen RIAS gewandt.

Der Programmleiter des RIAS, von Heintze, hatte in einem Kommentar erklärt, der Sender „muß und wird seine Arbeit so lange fortsetzen, bis Mitteldeutschland auf normalem Wege in den Genuß der Frei-

heit der Informationen kommt.“ Heintze erinnerte daran, daß die Station 1946 gegründet wurde, um der falschen Information sowie der Hetze und Verleumdung entgegenzuwirken, der die Bevölkerung durch die sowjetisch-beeinflußten Sender ausgesetzt war. Diese Aufgabe werde der RIAS bis zur Wiedervereinigung fortsetzen.

Sophienkirche in Gefahr

Dresdener Stadtverordnete für Abriß

Berlin (iwe). Die Stadtverordnetenversammlung von Dresden hat beschlossen, die Sophienkirche am Postplatz abreißen zu lassen. Die Sophienkirche gilt als einzige baukundliche Urkunde für die Entstehung Dresdens im 13. Jahrhundert. Sie ist der Eckpfeiler zum Zugang des Schloß- und Theaterplatzes und rundet mit dem Semper-Brunnen den historischen Teil der Elbestadt ab. Ihre Doppelturmfront bildet einen der wirkungsvollsten Akzente der Stadtsilhouette. Die Stadtverordneten faßten ihren Beschluß gegen die Empfehlung des Bundes Deutscher Architekten und des Instituts für Denkmalpflege, die sich für die Erhaltung des Gebäudes eingesetzt hatten.

Luftkampf über Kwantung

Peking (dpa). Rotchinesische Jagdflugzeuge haben ein nationalchinesisches Bombenflugzeug vom amerikanischen Typ „B-17“ in der Nähe von Zanping in der Provinz Kwantung abgeschossen. Das Flugzeug stürzte brennend ab. Die an Bord befindlichen zwölf Insassen wurden getötet.

Mommer kritisiert Parteifreunde

Maßnahmen gegen Sozialistischen Studentenbund gefordert

Bonn (upi). Der Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Mommer, hat sich vor Bonner Jungsozialisten scharf dagegen gewandt, daß sozialdemokratische Journalisten auf ihrer Reise durch die Sowjetunion den sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow als „Genossen“ angedredet und den Berliner Regierenden Bürgermeister Brandt nicht gegen Angriffe Chruschtschows verteidigt hätten. „Dieses Benehmen von Sozialdemokraten ist ein Skandal“, erklärte Mommer wörtlich. Für einen Sozialdemokraten sollte es unmöglich sein, Chruschtschow als Genossen zu bezeichnen. Wenn man nicht soviel im geistigen Gepäck habe, wie nötig sei, um mit Chruschtschow zu verhandeln, solle man nicht erst zu ihm hingehen. Wenn es in der Sozialdemokratischen Partei soweit sei, daß die Trennungslinie zu den Kommunisten nicht mehr klar gezogen werde, sei es an der Zeit, energisch „auf den Tisch zu klopfen“, um diese Unterscheidung wiederherzustellen.

Mit dem gleichen Nachdruck protestierte Mommer gegen Vorgänge, die sich kürzlich auf dem Frankfurter Kongreß des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) ereigneten. Es sei unmöglich, „den Kommunisten

so schamlos in die Hände zu arbeiten“, wie das in Frankfurt geschehen sei, und dabei zu behaupten, man mache sozialdemokratische Politik. Dabei müßten notfalls organisatorische Konsequenzen gezogen werden. Die scharfe Distanzierung des SPD-Parteivorstandes reicht nach den Worten Mommers nicht aus.

Parteiausschluß empfohlen

Mommer stellte fest, die Vorgänge in Frankfurt seien nicht die ersten ihrer Art, die alle darauf hinwies, daß die kommunistische Infiltration beträchtliche Erfolge aufzuweisen habe.

Geheimnisvolle Flugkörper

Amerikaner besitzen „fliegende Untertassen“ für taktische Einsätze

Washington (ap). Die Vereinigten Staaten besitzen „fliegende Untertassen“. Diese Mitteilung machte der Leiter der Entwicklungsabteilung im Amt für Wehrforschung, Brigadegeneral Britton, in Washington. Einzelheiten über die Konstruktion des neuen Flugkörpers werden streng geheimgehalten. Der Bericht des Brigadegenerals wurde erst veröffentlicht, nachdem er vom amerikanischen Ausschuß für Weltraumprojekte

im Repräsentantenhaus zensiert worden war.

In dem Bericht werden einige Angaben über die erstaunlichen Leistungen der „fliegenden Untertasse“, genannt „Avrocar“, gemacht. Demnach kann das tellerförmige Gerät senkrecht in größere Höhen aufsteigen und in der Luft auf der Stelle schweben. Die Versuchsflüge werden gemeinsam von der amerikanischen Armee und Luftwaffe in Kanada durchgeführt.

Der „Avrocar“ gehört zu einer Reihe bisher streng geheimgehaltener Entwicklungen, die für taktische Einsätze der amerikanischen Armee ausgearbeitet wurden.

Kulturabkommen mit Moskau

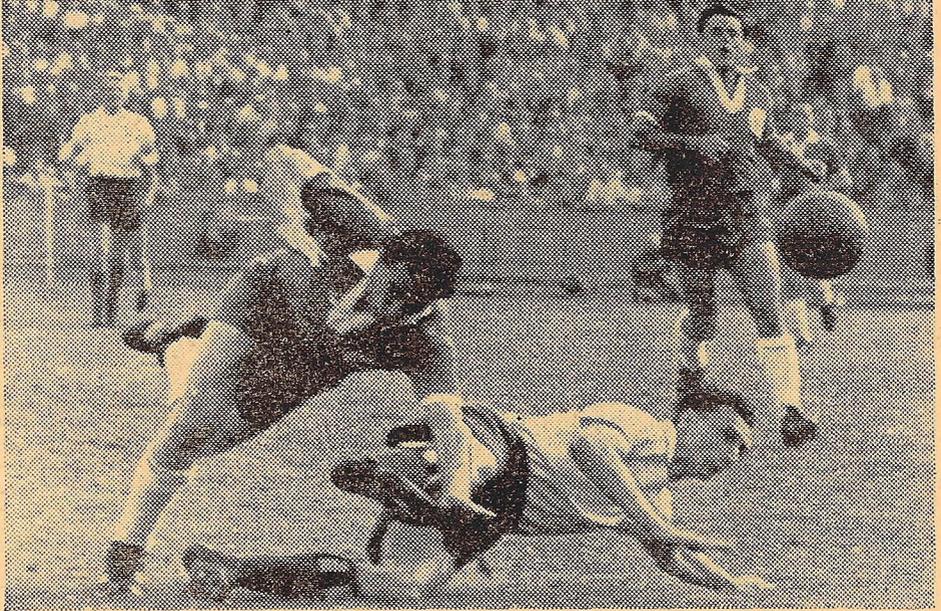
In Bonn unterzeichnet — Großes Austauschprogramm vorgesehen

Bonn (ap). Eine Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion über kulturellen und technisch-wirtschaftlichen Austausch ist im Auswärtigen Amt unterzeichnet worden und damit in Kraft getreten. Das Abkommen, das am 25. März dieses Jahres in Bonn paraphiert worden war, sieht für 1959 und 1960 den Austausch von Gastspielen, Ausstellungen, Filmvorführungen, Rundfunksendungen und Sportwettkämpfen sowie von Wissenschaftlern, Persönlichkeiten des Kulturlebens, Studenten, Sachverständigengruppen und von Dokumentations- und Lehrmaterial vor.

Die offiziöse Bonner „Diplomatische Korrespondenz“ erklärte, die Tatsache, daß die Bundesregierung trotz der gegenwärtigen Situation, die in dem Kommuniké eingegangene Verpflichtung einlöse, zeige, daß ihr an einer echten Annäherung der beiden Völker gelegen sei und daß sie gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt alles tun wolle, um ein Anwachsen der Spannungen zu verhindern. Der Kulturaustausch könne helfen, zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion jene Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen, die für einen weiteren Ausbau der Beziehungen und für eine Verständigung über andere Fragen unerlässlich sei.

Ostgespräch beanstandet

Hannover (upi). Der Bundesvorsitzende der Deutschen Partei, Hellwege, hat den FDP-Bundestagsabgeordneten Döring kritisiert, weil er angeblich in Ostberlin mit Politikern der Sowjetzone gesprochen habe. Mit Erstaunen habe Hellwege gelesen, so heißt es in einer Erklärung, daß Döring in Ostberlin nicht nur mit dem Volkskammerpräsidenten Dieckmann, sondern auch mit dem Mitglied des SED-Politbüros, Matern, Gespräche geführt habe. Derartige Unterhaltungen seien gerade jetzt denkbar gefährlich.



BILDER DER WOCHE. Oben: Harten Widerstand leisteten die Berliner Tasmanen im Vorrundenspiel um die Deutsche Fußball-Meisterschaft im Olympiastadion dem Hamburger SV, der nur mit 2:0 siegte. — Unten: Mit 6000 Blitzlichtern wurde dieser Tage die Cheopspyramide in Ägypten beleuchtet.

